

Niederschrift Nr. 10/2007 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus der Stadt Wilhelmshaven am Montag, den 19. November 2007, um 10:00 Uhr im Ratssaal

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglieder SPD-Fraktion

Beigeordneter Wilfrid Adam
Ratsmitglied Ursula Aljets
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsvorsitzender Norbert Schmidt

Mitglieder CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Glaser (Vorsitzende)
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Bernhard Rech
Beigeordneter Prof. Günter Reuter
Beigeordneter Heinz Weerda
Ratsmitglied Martin Harms

Mitglieder FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Horst Radmer
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2. Bürgermeister Werner Biehl

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied LAW

Ratsmitglied Johann Janssen

Dezernenten

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Gaul
Stadtkämmerer Heiko Hoff

Von den Eigenbetrieben

Stellv. Werkleiterin Heike Hansemann (84)
Stellv. Werksleiter Holger Kullik (83)
Stellv. Werksleiter Oliver Leinert (17)
Werkleiter Hubert Rüttgers (16)

Von städtischen Gesellschaften:

Prokurist Gernot Beutner (WFG)

Von der Verwaltung:

Fachbereichsleiter Peter Gniech (10)
Sachbearbeiterin Claudia Lühns (20)
Pressesprecher Arnold Preuß (13)
Sachbearbeiterin Insa Rogel (13)
Fachbereichsleiter Jörg Valnion (20)
Rechnungsprüfungsamtsleiter Udo Weiß (14)
Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 17.09.2007
- 4 Vorlagen an den Rat:
 - 4.1 Jahresabschluss 2006 "Straße und Grün in Wilhelmshaven"
- Entlastung der Werksleitung -
 - 4.2 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2004 - 2006
 - 4.3 Über- und außerplanmäßige Nachbewilligungen Erschließungsstraße DFTG
 - 4.4 Einbringung von Grundstücken / Gebäuden in das Betriebsvermögen des Eigenbetriebes SGW
 - 4.5 Einbringung von unbebauten Grundstücken in das Betriebsvermögen des Eigenbetriebes GGS
 - 4.6 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung
 - 4.7 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven (Straßenreinigungs-Gebührensatzung) vom 22.11.1990 in der Fassung vom 30.11.2005
 - 4.8 Wirtschaftsplan 2008 SGW
 - 4.9 Wirtschaftsplan 2008 GGS
 - 4.10 Wirtschaftsplan 2008 der SDW
 - 4.11 Wirtschaftsplan 2008 der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe
 - 4.12 Wirtschaftsplan 2008 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH
 - 4.13 Wirtschaftsplan 2008 der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH
 - 4.14 Wirtschaftsplan 2008 der WTF Stadtwerke GmbH
 - 4.15 Wirtschaftsplan 2008 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH
 - 4.16 Haushaltssatzung 2008
 - 4.17 Regelung der Stadt Wilhelmshaven über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Verordnung fallen
 - 4.18 Entsendung von Ratsmitgliedern in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH
- 5 Mitteilungen und Anfragen

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 17.09.2007

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 17.09.2007 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat:

4.1 Jahresabschluss 2006 "Straße und Grün in Wilhelmshaven"
- Entlastung der Werksleitung -

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

-keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Jahresabschluss 2006 von SGW zum 31.12.2006 wird gem. Abschlussprüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Wibera AG mit einem Jahresverlust in Höhe von 80.418,60 € festgestellt.

Der Jahresverlust wird in voller Höhe als Verlustvortrag auf das Jahr 2007 übertragen.

Gem. § 30 der Eigenbetriebsverordnung wird der Werksleitung Entlastung erteilt.

4.2 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2004 - 2006

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

Herr Dr. von Teichman bat um Auskunft über den aktuellen Sachstand zur Machbarkeitsstudie zum Umbau des „Konzern Stadt“ (Konzernstruktur der Stadt Wilhelmshaven).

Stadtkämmerer Hoff informierte, die Machbarkeitsstudie würde seit Freitag, dem 16.11.2007, vorliegen und zitierte anschließend aus dem Inhalt. Hiernach würde vorgeschlagen, alle Beteiligungen unterhalb einer „echten“ Beteiligungsgesellschaft zu konzentrieren. Defizitäre Beteiligungen sollen grundsätzlich abgegeben werden, sofern es sich nicht um Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge handele. Außerdem würde vorgeschlagen, die Eigenbetriebe GGS, WEB und SGW zu einem Eigenbetrieb zu verschmelzen. Die Auswertung der Machbarkeitsstudie erfolge in den nächsten Tagen und Wochen.

Abschließend bat **Herr Dr. von Teichman** darum die Machbarkeitsstudie sowie den genauen schriftlich formulierten Auftrag an die Ausschussmitglieder zu verteilen. **Herr Hoff** sagte dies zu.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat nimmt den vorgelegten Beteiligungsbericht der Stadt Wilhelmshaven mit den Jahresabschlüssen 2004 – 2006 in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4.3 Über- und außerplanmäßige Nachbewilligungen Erschließungsstraße DFTG

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

Herr Prof. Reuter formulierte die Frage, was unter der lt. Beschlussvorlage „positiven Einschätzung“ der Investition zu verstehen sei. **Oberbürgermeister Menzel** beantwortete die Frage dahingehend, dass die DFTG bereits mit Vorarbeiten begonnen habe. Im ersten Halbjahr 2008 werde die abschließende Entscheidung in den Gremien erfolgen. Daher würde die Summe hier rein vorsorglich nachbewilligt werden.

Die Nachfrage von **Herrn Prof. Reuter**, ob die Verpflichtungsermächtigung mit einem Sperrvermerk versehen werde, wurde von **Herrn Menzel** bejaht.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt der vorgelegten Nachbewilligung zu:

Buchungsstelle:	54.11.06 / 787211
Bezeichnung:	Erschließungsstraße DFTG
Betrag:	VE 800.000 €
Deckungsvorschlag:	Minder-Verpflichtungsermächtigung Infrastruktur Südstadt „Ausbau am Handelshafen“

4.4 Einbringung von Grundstücken / Gebäuden in das Betriebsvermögen des Eigenbetriebes SGW

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

Die Frage von **Herrn Adam** hinsichtlich der lt. Beschlussvorlage noch ausstehenden Bewertung der Glasgalerie wurde von **Herrn Kottek** dahingehend beantwortet, dass der gesamte Restbuchwert der zu übertragenden Vermögensgegenstände inkl. Glasgalerie nun 75.122,36 € statt nur 32.000 € betragen würde.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- **modifiziert**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Einbringung folgender Grundstücke bzw. Gebäude in das Betriebsvermögen SGW zu einem Wert von **75.122,36 €** zu:

- | | |
|-----------------------------------|------------------|
| 1. Kapelle | Friedhofsweg 9 |
| 2. Leichenhalle | Friedhofsweg 9 |
| 3. Glasgalerie | Kieler Straße |
| 4. Kapelle | Ehrenfriedhof 25 |
| 5. alte Kapelle mit Nebengebäuden | Friedenstraße |

In Höhe des Einlagewertes wird die allgemeine Rücklage des Eigenbetriebes erhöht.

4.5 Einbringung von unbebauten Grundstücken in das Betriebsvermögen des Eigenbetriebes GGS

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

Herr Dr. von Teichman bat darum, die Flächengrößen der zu übertragenden unbebauten Grundstücke im Protokoll darzustellen.

Zu Protokoll:

Das Hoheitsgebiet der Stadt Wilhelmshaven beträgt ca. 10.700 ha. Hiervon stehen ca. 23% (ca. 2.450 ha) im Eigentum der Stadt Wilhelmshaven. Weitere 60% stehen im Privateigentum und der Rest im Eigentum von Bund oder Land.

Der vom Eigenbetrieb GGS zum 01.01.2007 übernommene Grundbesitz ist rd. 1.134 ha groß. Hinzu kommen rd. 140 ha außerhalb des Hoheitsgebietes der Stadt Wilhelmshaven.

542	Erbbaugrundstücke	17.131.453 €
21	Sportgrundstücke	2.050.013 €
14	Schulgrundstücke	321.982 €
3	Verwaltungsgrundstücke	330.692 €
41	Trafo-Grundstücke	67.940 €
35	Freizeitgartengrundstücke	105.586 €
11	Freizeitverein-Grundstücke	351.472 €
503	Vorratsgrundstücke öff. Bedarf	3.502.676 €
44	Kleingartengrundstücke	1.727.202 €
422	Landwirtschaftl. Grundstücke	4.449.673 €
24	Öko-Grundstücke	1.890.568 €
5	Feuerwehrgrundstücke	90.703 €
62	Spielfeldgrundstücke	1.961.018 €
11	Restflächen, Brachen	15.551 €
556	noch nicht zugeordnet	227.146 €
91	Grundstücke außerhalb	1.044.745 €
zus. 2386 unbeb. Grundstücke		35.268.420 €

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Mit Ausnahme der Infrastruktur-Grundstücke (Straßen, öffentl. Grünflächen u.a.) und der in Bebauungsplänen ausgewiesenen Vorrats-, Rohbau- und Bauflächen für Wohnbau- und Gewerbezwecke werden alle unbebauten städtischen Grundstücke- Übersicht siehe Anlage- im vorläufigen Gesamtwert von 35.268.420 € rückwirkend zum 01.01.2007 an den Eigenbetrieb „Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS)“ übertragen.

Die Übertragung auf den Eigenbetrieb erfolgt in Form einer verzinslichen 40%-Einlage der Stadt in den Eigenbetrieb GGS und zu 60% in Form einer verzinslichen Ausleihung. Der Zinssatz beträgt jeweils 1%. Die Ausleihung ist mit 2 % zu tilgen.

Erlöse aus Grundstücksverkäufen fließen dem Eigenbetrieb GGS zu, die dieser auch zur zinsbefreienden Sondertilgung verwenden darf.

4.6 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

-keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung (Anlage 2 u. 3).

4.7 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven (Straßenreinigungs-Gebührensatzung) vom 22.11.1990 in der Fassung vom 30.11.2005

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

Die Frage von **Herrn Dr. von Teichman** zur öffentlichen Quote wurde vom **Werkleiter Kottek** beantwortet.

Herr Dr. von Teichman erkannte ein erhebliches Missverhältnis bei der Verwendung der Mittel der öffentlichen Quote. Diese würde ca. 2/3 der gesamten Gebühren ausmachen aber nur für ca. 1% der Fläche ausgegeben, nämlich für die Reinigungsklasse II (Citybereich).

Weiterhin diskutierten die **Herren Kottek, Stoffers, Neumann, Rech, Schmidt, Dr. von Teichman** und **Menzel** zum Einsatz von ca. 50 AGH's (Arbeitsgelegenheiten, „1,-€ Jobs“) bei der Wildkräuterbeseitigung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die „Satzung über die Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven (Straßenreinigungs-Gebührensatzung) vom 22.11.1990 in der Fassung vom 30.11.2005.

Die resultierenden Unterdeckungen für 2008 und 2009 trägt der Eigenbetrieb „Straße und Grün in Wilhelmshaven“.

4.8 Wirtschaftsplan 2008 SGW

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

-keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes Straße und Grün in Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Sollten sich aus Beschlüssen des Rates der Stadt Wilhelmshaven in der Sitzung vom 28.11.2007 Änderungen in der Höhe der Einnahmen und / oder Ausgaben ergeben, sind die Zahlen des vorliegenden Wirtschaftsplans um diese Änderungen zu ergänzen / korrigieren.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird auf 704.559 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.300.000 € festgesetzt.

4.9 Wirtschaftsplan 2008 GGS

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

Herr Dr. von Teichman formulierte anschließend die gemeinsamen Anträge der Kooperation CDU, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen über Einrichtung einer Produktionsschule an den Berufsbildenden Schulen Friedenstraße sowie der Einrichtung einer Ganztagschule an der Schule Bremer Straße inkl. der Einstellung der nötigen Mittel in den Wirtschaftsplan GGS.

Schuldezernent Dr. Graul führte hierzu aus, beide Anträge kämen zu früh. Die erforderlichen Voruntersuchungen seien noch nicht abgeschlossen und deshalb könne auch noch nicht gesagt werden, welche Kosten für die Umsetzung der beiden Anträge entstünden. **Stadtkämmerer Hoff** ergänzte, es fehle momentan insbesondere noch an den notwendigen Folgekostenberechnungen und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen.

Herr Prof. Reuter informierte, beide Anträge seien bereits am 1. Februar im Schulausschuss beraten und dort auch kürzlich einstimmig und mit Zustimmung der Verwaltung beschlossen worden. Nun sei die Verwaltung auch in der Pflicht, die notwendigen Mittel für die Maßnahmen bereitzustellen.

Oberbürgermeister Menzel wies darauf hin, der Verwaltungsvorstand habe sich mit den Angelegenheiten noch gar nicht befassen können. **Herr Hoff** ergänzte, beide Maßnahmen hätten mit einem Projektauftrag an die Verwaltung im FWM Anfang des Jahres beginnen müssen, dann hätte man nun zur Haushaltssitzung des FWM auch etwas vorlegen können. Es könne, insbesondere vor dem Hintergrund der Haushaltsrechtsreform, nun nicht mehr mit dem Einstellen von Mitteln in den Haushalt beginnen. Das sehe der Niedersächsische Gesetzgeber im Haushaltsrecht (NGO, GemHKVO) so nicht vor. Außerdem müssen auch Folgekosten von ca. 20% berücksichtigt werden.

Herr Biehl gab zu bedenken, beide Maßnahmen hätten langfristig Einsparungen im Sozialetat der Stadt zur Folge. Aus diesem Grund wären die Anträge auch wirtschaftlich.

*Abschließend lies die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über den Wirtschaftsplan 2008 GGS unter Einbeziehung der 2 gestellten Anträge abstimmen.*

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) wird in der vorliegenden Fassung inklusive der ergänzenden Änderungsliste beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 640.000 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.570.000 € festgesetzt.

Anmerkung zu Protokoll:

Beim Wirtschaftsplan GGS wurden für die Errichtung der Ganztagschule Bremer Str. unkorrekt 590 T € beantragt. In den Wirtschaftsplan GGS gehören aber nur die Baukosten von **340 T€**. Einrichtungskosten gehören in den Kernhaushalt (250 T €). So ist auch die Veranschlagung im Haushalt vorgesehen.

Für die Produktionsschule kommen weitere **300 T€** als Baukosten in den Wirtschaftsplan GGS. Insgesamt also **640 T€** Baukosten, zur Finanzierung müssen dann Kredite in gleicher Höhe aufgenommen werden.

4.10 Wirtschaftsplan 2008 der SDW

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

-keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2008 der SDW wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

4.11 Wirtschaftsplan 2008 der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

-keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (bei Enthaltung Herr Tjaden)

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2008 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der **vorgesehenen Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **6.744.600,00 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **0,00 €** festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem **Liquiditätskredite** für das Wirtschaftsjahr 2008 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **6.000.000,00 €** festgesetzt.

4.12 Wirtschaftsplan 2008 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

Die Fragen zu Details des Wirtschaftsplanes von **Frau Bauermeister** wurden von **Herrn Beutner** beantwortet.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt- (bei Enthaltung Jamaika Kooperation, Gegenstimme Herr Tjaden)

Der Wirtschaftsplan 2008 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

-Die Sitzung wurde anschließend von 13:05h bis 13:40h unterbrochen-

4.13 Wirtschaftsplan 2008 der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

Frau Aljets, **Herr Neumann** sowie **Herr Dr. von Teichman** bemängelten die vorliegende Kurzfassung des Wirtschaftsplanes. Diese sei zur Beschlussfassung im Grunde nicht ausführlich genug.

Die Frage von **Herrn Biehl**, warum in 2008 weniger Erträge als im Vorjahr veranschlagt seien, beantwortete **Stadtkämmerer Hoff** damit, dass bereits die veranschlagten Erträge in 2007 aller Voraussicht nach bei weitem nicht erreicht werden können. Aus diesem Grunde erfolgte vorsorglich eine Korrektur der voraussichtlichen Erträge 2008. Ansonsten handele es sich beim vorliegenden Wirtschaftsplan 2008 jedoch grundsätzlich um einen Wiederholungshaushalt.

Herr Prof. Reuter merkte an, dass die Veranstaltung „Wochenende an der Jade 2008“ im Wirtschaftsplan mit einem Defizit von 50.000 € geplant sei. Dies könne so in den Folgejahren nicht bleiben. Die Kostenneutralität dieses Stadtfestes müsse dauerhaft erreicht werden. **Frau Aljets** gab zu bedenken, dass die überregionale Werbewirksamkeit dieser Veranstaltung nicht zu unterschätzen sei und durchaus einen Zuschussbedarf von 50.000 € wert sei.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (bei Enthaltung Herr Tjaden)

Dem Wirtschaftsplan 2008 der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 3.973.470 € wird zugestimmt.

Der Verlust ist aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages durch die WTF Stadtwerke GmbH auszugleichen.

4.14 Wirtschaftsplan 2008 der WTF Stadtwerke GmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

-keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2008 der WTF Stadtwerke GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 4.208.720 € wird zugestimmt.

Der Verlust der WTF Stadtwerke GmbH ist durch eine Zahlung aus dem städtischen Haushalt auszugleichen.

4.15 Wirtschaftsplan 2008 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass der im Wirtschaftsplan ausgewiesene Gewinn für 2007 richtigerweise nun 572,- € heißen müsse.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt- **modifiziert**
(bei Gegenstimme Herr Tjaden)

Dem Wirtschaftsplan 2008 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH mit einem ausgewiesenen städtischen Zuschuss in Höhe von **464.600 €** wird zugestimmt.

4.16 Haushaltssatzung 2008

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, wies auf den Ablaufplan zum Tagesordnungspunkt 4.16 hin und erteilte zunächst dem Oberbürgermeister das Wort.

Herr Menzel erinnerte an die Klausurtagungen im September. Zu einigen dort vorgetragenen Unterlagen gäbe es nun Änderungen, da einige der Annahmen sich nach dem September leider nicht bestätigten. Ziel müsse eine weitere Konsolidierung sowie dauerhafte Absicherung des städtischen Haushaltes sein.

Herr Hoff kündigte an, es könne im Haushaltsjahr 2007 ein Überschuss erreicht werden, der mit Ratsbeschluss in eine bilanzielle Rücklage eingestellt werden könne. Dieser könnte dann im Haushaltsjahr 2008 entnommen werden, um den Haushaltsausgleich erreichen zu können. Ein formales Haushaltssicherungskonzept sei aus diesem Grunde nicht notwendig. Weiterhin stellte er fest, dass eine geringe Kreditaufnahme in Höhe von 400.000 € für Zukunftsinvestitionen aus seiner Sicht genehmigungsfähig sein dürfte. Diese Summe würde in die Haushaltssatzung aufgenommen werden.

Zur Entwicklung des Haushalts im Laufe der Beratung gab **Herr Hoff** anschließend folgende Informationen:

Defizitentwicklung (Gesamtsummen im Finanzplanungszeitraum):

Haushalt 2007 ff. lt. Satzung	-34,9 Mio. €
Entwurfsplan 2008 (Klausur)	-21,2 Mio. €
Änderliste FWM	0,5 Mio. €

Gewerbesteuer:

Die Erwartungen in 2007 wurden durch Abrechnungen, insbesondere bei einem großen Steuerzahler, noch einmal übertroffen. Diese Nachzahlung hat jedoch wegen eines einmaligen Vorganges (außerordentlicher Ertrag) keinen Einfluss auf die folgenden Jahre.

Änderliste FWM:	2007	46,5 Mio. €
	2008	34,0 Mio. €
	2009	32,0 Mio. €
	2010	30,0 Mio. €
	2011	28,0 Mio. €

Einkommenssteuer:

Änderliste FWM:	2007	17,7 Mio. €
	2008	19,4 Mio. €
	2009	19,4 Mio. €
	2010	20,2 Mio. €
	2011	21,3 Mio. €

Finanzausgleich:

Die angekündigte Modellrechnung für den FAG 2008 konnte das Nds. Landesamt für Statistik noch nicht liefern. Grundlage für die Kalkulation sind daher die Orientierungsdaten des Landes vom 24.09.2007

Änderliste FWM:	2007	43,9 Mio. €
	2008	22,9 Mio. €
	2009	30,0 Mio. €
	2010	34,7 Mio. €
	2011	36,1 Mio. €

Herr Dr. von Teichman merkte an, dass weitere Sparbemühungen notwendig seien, jedoch eine deutliche Verbesserung gegenüber der Haushaltslage der Vorjahre erkennbar sei. Nun sei antizyklisches Fiskalverhalten geboten.

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief anschließend den Punkt 1 (Gesamtpläne) des Ablaufplanes zum Tagesordnungspunkt 4.16 „Haushaltssatzung 2008 (219/2007)“ auf und bat um Wortbeiträge.

-keine Wortmeldungen-

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief anschließend den Punkt 2 (Teilhaushalte nach Dezernaten inkl. neuer Zuschussanträge, Änderungslisten und Teilstellenpläne) des Ablaufplanes zum Tagesordnungspunkt 4.16 „Haushaltssatzung 2008 (219/2007)“ auf und bat um Wortbeiträge.

Dezernat OB:Ausbildungsplatzbüro im Rahmen des Regionalen Standortmanagements:

Herr Neumann regte an, einen Beschluss zur Errichtung eines Ausbildungsplatzbüros im Rahmen des Regionalen Standortmanagements zu fassen.

Die Aussage von **Frau Bauermeister**, eine solche Einrichtung existiere bereits, wurde von **Herrn Dr. Graul** zurückgewiesen. Es bestünde bisher lediglich ein „Runder Tisch“, aber keinerlei Institution.

Herr Neumann legte Wert auf die Feststellung, es sei hier eine professionelle Betreuung angezeigt und keine weiteren ehrenamtlichen Betreuungen.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die **Damen Bauermeister** und **Aljets** sowie die **Herren Neumann, Prof. Reuter, Dr. von Teichman, Biehl, Schmidt, Rech, Menzel** und **Hoff**.

Aufwandsentschädigung Rat (Ratsinformationssystem):

Herr Dr. von Teichman bat den Stadtkämmerer, für die Öffentlichkeit den Hintergrund der Erhöhung der Aufwandsentschädigungen der Ratsmitglieder darzustellen. **Herr Hoff** informierte, die Erhöhung sei einzig in Folge der Einführung des Ratsinformationssystem (RIS) notwendig, um erhöhte Auslagen für Druckerpapier und Tintenpatronen etc. abdecken zu können.

Oberbürgermeister Menzel legte Wert auf die Feststellung, das RIS sei auf Beschluss des Rates eingeführt worden, um eine papierlose Ratsarbeit zu ermöglichen und damit Mittel einzusparen. Derzeit würden ca. 50% der Ratsmitglieder das RIS nutzen. Eine tatsächliche Ersparnis könne aber nur dann eintreten, wenn alle Ratsmitglieder das RIS nutzen. Im Moment entstehe folglich noch keine Entlastung, im Gegenteil, im Augenblick sogar eine Mehrbelastung der Verwaltung durch das Arbeiten mit dem RIS und dem parallelen Verschicken von Unterlagen auf dem Postweg.

An der anschließenden Diskussion beteiligte sich **Frau Aljets** sowie die **Herren Tjaden, Biehl** und **Adam**.

Dezernat II:Krippenplätze:

Frau Gastmann formulierte die Frage, aus welchem Grund der Antrag zu der Einrichtung weiterer Krippenplätze nicht in der Änderliste zum Haushalt aufgeführt wäre, so dieser doch einstimmig im Jugendhilfeausschuss beschlossen wurde.

Jugenddezernent Stoffers erläuterte, die notwendigen Beträge würden aus dem Budget des Jugendamtes heraus finanziert werden und müssten somit nicht in der Änderungsliste erscheinen.

Dezernat III:

Herr Tjaden nannte die Einstellungen im Bereich Stadtplanung und Bauordnung zum Abbau von Arbeitsspitzen im Zuge der Industrieansiedlungen auf den Grodenflächen als voll gerechtfertigt.

Dezernat IV:

-keine Wortbeiträge-

Dezernat V:

-keine Wortbeiträge-

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief anschließend den Punkt 3 (Stellenplan) des Ablaufplanes zum Tagesordnungspunkt 4.16 „Haushaltssatzung 2008 (219/2007)“ auf und bat um Wortbeiträge.

Personaldezernent Stoffers erläuterte die Veränderungen zum Stellenplan 2008 und informierte darüber, dass dem Stellenplan im Personal- und Gleichstellungsausschuss nicht zugestimmt wurde aufgrund dreier Stellenneubewertungen im Bereich des Eigenbetriebes SGW.

Herr Neumann erklärte, seine Fraktion werde den vorgeschlagenen Stellenneubewertungen nun zustimmen.

Anschließend ließ die Frau Vorsitzende über den Stellenplan 2008 gesondert abstimmen. Diesem wurde bei 1 Nein-Stimme (Ratsherr Tjaden) und 0 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Den vorgesehenen Veränderungen zum Stellenplan 2008 (Bestandteil des Haushaltsplanes) wird zugestimmt.

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief anschließend den Punkt 4 (Investitionsprogramm 2008-2011) des Ablaufplanes zum Tagesordnungspunkt 4.16 „Haushaltssatzung 2008 (219/2007)“ auf und bat um Wortbeiträge.

Die Herren Dezenten erläuterten die Änderungen zum Investitionsprogramm:

Querungshilfe (Ifd. Nr. 5 der Änderliste Finanzhaushalt zum Haushaltsvoranschlag):

Stadtbaurat Kottek trug vor, bei der Querungshilfe Kurt-Schumacher-Str. handle es sich um eine Straßenmittellinsel mit Ampelanlage in Höhe der Polizeiinspektion (Verlängerter Altengrodener Weg).

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Biehl, Dr. von Teichman, Neumann, Rech, Menzel, Dr. Graul** und Kottek.

Förderung vom Eigenheimbau kinderreicher Familien:

Herr Weerda formulierte den Antrag für diese Maßnahme zunächst 50.000 € in den Haushalt 2008 einzustellen und mit einem Sperrvermerk zu versehen, solange entsprechende Förderkriterien noch nicht ausgearbeitet seien.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Prof. Reuter, Neumann, Dr. von Teichman, Biehl, Weerda, Schmidt, Rech, Menzel** und Hoff.

Baugebiet Remmelhauser Weg (Ifd. Nrn. 12+13 der Änderliste Finanzhaushalt zum Haushaltsvoranschlag):

Herr Dr. von Teichman sprach sich dafür aus, diesen Änderungsvorschlag wieder aus der Liste zu entfernen, um stattdessen weiterhin eine Innenstadtverdichtung anzustreben. Dies wurde einstimmig so angenommen.

Anschließend ließ die Vorsitzende, Frau Glaser, über den Tagesordnungspunkt 4.16 „Haushaltssatzung 2008“ abstimmen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- **modifiziert**

Der Rat beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 einschließlich des Haushaltsplanes und des Investitionsprogramms unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen, Haushaltsvermerke und Anträge sowie der Anlagen zum Haushaltsplan.

Anschließend unterbrach die Vorsitzende die Sitzung von 16:40h bis 16:55h

4.17 Regelung der Stadt Wilhelmshaven über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Verordnung fallen

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

Die Frage von **Herrn Dr. von Teichman**, wie viele der städtischen Bürgschaften von den neuen Regelungen betroffen seien, wurde von **Herrn Valnion** dahin gehend beantwortet, dass die meisten der vorhandenen Bürgschaften betroffen seien.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die beigefügte Kommunale Regelung der Stadt Wilhelmshaven über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Verordnung fallen.

4.18 Entsendung von Ratsmitgliedern in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage und die Begründung vor.

-keine Wortmeldungen-

Die Beschlussfassung erfolgt im Rat.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven entsendet die folgenden 6 Ratsmitglieder in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH:

SPD-Fraktion

- 1.
- 2.

CDU-Fraktion

- 1.
- 2.

FDP-Fraktion

- 1.

Über die Zuordnung des 6. Sitzes ist zwischen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der Gruppe BASU / Tholen per Los zu entscheiden.

Die Entsendung erfolgt vorbehaltlich der Eintragung der beschlossenen Satzungsänderungen in das Handelsregister.

5 Mitteilungen und Anfragen

- keine -

B Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung 17:05 Uhr

gez.
Hoff
Stadtkämmerer

gez.
Glaser
Vorsitzende

gez.
Engesser
Protokollführer